

Leipzig. Die Parteien von denen an die Wand gezeichnet zu werden, sie halten die Stunde noch nicht für gekommen, auch nach außen hin auf die Mitwirkung der sozialdemokratischen Parteien zur Niederämpfung des Proletariats verzichtet zu können.

Aber es muß mit aller Entschiedenheit betont werden, daß es sich bei diesen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bourgeoisie nur um das Was, also um die Methode der Niederämpfung des Proletariats zur amangeführten Durchführung der Londoner Vereinbarungen handelt, nicht aber um die entscheidende grundsätzliche Frage: Soll das Proletariat bluten oder nicht, soll die revolutionäre Bewegung im Terror der bürgerlichen Klassenherrschaft erstickt werden oder nicht, daß das geschehen soll, und welches muß darüber sind sie sich einig von Ludendorff bis zu den linken Sozialdemokraten.

Und hier kommen wir zu dem dritten Grund und gleichzeitig dem wichtigsten, der die Auflösung des Reichstages herbeigeführt hat. Die einzige ernsthafte und todeswürdige Gegnerin der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ist die kommunistische Partei. Sie muß vernichtet werden, sie muß ihres Einflusses unter den Massen beraubt werden. Nicht nur aus dem Reichstag sollen diese "Störenfriede" verschwinden, sondern überhaupt sollen sie mit Feuer und Schwert ausgerottet werden. Damit wird auch die Kampfmethode der Bourgeoisie samt ihrer falschen und sozialdemokratischen Fäulnis im Reichstag-Wahlkampf bestimmt. Die Bourgeoisie wird diesen Wahlfahrtskampf hegen, um mit allen Mitteln der brutalen Staatsgewalt gegen den funktionärskörper der kommunistischen Partei vorzugehen, wie gegen die Mitglieder. Sie wird den Jares-Erfolg in die Tat umsetzen, sie wird zu verhindern versuchen, daß die kommunistische Partei zu den Massen sprechen kann.

Aber trotz Verfolgungen und all dem, was uns bevorsteht, werden wir den Wahlkampf führen. Nicht als eine parlamentarische Partei, die von einem neuen Parlament den Himmel auf Erden erwartet, sondern als eine revolutionäre Klassenkampfpartei.

Nicht um Mandate zu kämpfen, sondern zur Aufklärung der Massen im revolutionären Sinne unter Hinweis auf die Notwendigkeit des außerparlamentarischen Kampfes zum Sturz der Bourgeoisie, zur Aufklärung der proletarischen Diktatur, zum Bündnis mit Sowjet-Rußland wird sie allen Feinden zum Trotz die Stürze bieten.

Der Kampf mag beginnen. Wir sind gerüstet. Tschüß allen!

Die letzten Zustände des Landtages

Sowjetmacht gegen bürgerlichen Parlamentarismus
(Eigener Bericht.)

Berlin, 22. Oktober.

Auch der Reichstag hat am 7. Dezember neu gewählt werden. Sämtliche Parteien haben einen Antrag auf Geschäftsverteilung des Landtages eingebracht. Formell bleibt der Landtag nach bis zum 7. Dezember zusammen, bis nach dem Tode des Reichstages ein neues Landtag einberufen wird. Tatsächlich wird der Landtag aber nur noch bis Sonntag dieser Woche Sitzungen abhalten.

Am Dienstag hielt der Reichstag nicht weniger als drei Sitzungen ab, um über die Formalitäten der Auflösung zu beraten. Dabei heißt es nicht ohne Grund, daß die Deutschnationalen auf keinen Fall mehr eine politische Debatte wollen. Auch die übrigen Parteien, einschließlich der SPD, öffentliche Versammlungen, sie beschließen gegen den Widerspruch unserer Fraktion die Redezeit für die dritte Sitzung des Reichstages auf eine halbe Stunde für jede Fraktion. Den Antrag über die Auflösung des Landtages wollen sie ohne Debatte beschließen, jede Fraktion soll nur fünf Minuten Redezeit erhalten, die drei fraktionellen Gruppen (USP, Polen und Weissen) gesamt im ganzen zweieinhalb Minuten!

Am Dienstag fand zunächst der Personalabbau auf der Tagesordnung. Deutschnationale und Volkspartei machten wiederum das Haus beschlagnahmt, um den Abbau sozialdemokratischer Kommunisten zu feiern.

Bei der Beratung des neuen Landeswahlgesetzes gab es eine größere Debatte. Die Demokraten hatten die wichtigsten Parteien, die bisher noch nicht im Parlament vertreten sind, in Zukunft für ihre Wahlvorschlüsse bis zu 3000 Unterschriften aufbringen müssen. Der Antrag wurde in der Form angenommen, daß bisher im Parlament unterzeichnete Parteien für den Kreiswahlvorschlüsse Unterschriften, für den Landeswahlvorschlüsse 1500 Unterschriften aufbringen müssen.

Bei der allgemeinen Beiprägung erklärte Genosse Ernst Meyer: "Der vorliegende Gesetzentwurf bedeutet eine Verletzung des Landeswahlgesetzes, die nicht als vorübergehende Zirkulation, sondern als Dauerzustand des Landeswahlgesetzes noch unüberwindlich und schwer fälliger Charakteristischerweise hat sich gerade die SPD, die gegen die Übertragung des Wahlverfahrens vorgehen zu können. Die einschlägige Technik des Wahlverfahrens bedeutet eine Verletzung der Bestimmung, die Wahlverfahren zu beschließen. Die Kommunisten haben gerade die Bestimmung des Wahlverfahrens auf 18 Jahre gegeben. Wer mit 18 Jahren im Produktionsprozess arbeitet, und von Unternehmern ausgebeutet wird, muß auch das politische Wahlrecht haben. Die Ausschließung der Reichsmehr vom Wahlrecht bedeutet nicht die Entpolitisierung der Reichsmehr, sondern die Festlegung des Einflusses monarchistischer Offiziere. Gerade letzter Punkt ist für uns gefährlich und ausserordentlich gegen die Kommunisten Zustimmung bei den Deutschnationalen, die das Wahlrecht nicht eine wirkliche Vertretung der arbeitenden Volksmassen."

Genosse (SPD) meinte darauf, daß die SPD, nur bei dem Reichswahlrecht eintrete, weil der Einfluß der SPD, immer mehr zunehme.

Genosse Meyer erwiderte darauf, daß die Kommunisten für das Wahlrecht ein, das die Reichsmehr der politischen Macht an die Rechte einzutreten, auch wenn die Reichsmehr in den Wahlen haben. Das zeigt die Haltung der russischen Sozialdemokraten im Jahre 1917, als die russischen Sozialdemokraten und Sozialisten die Wahlen noch die Rechte bestritten.

Am Schluß der Sitzung stimmten alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, der Fortbildung jeder politischen Gruppe über die Landtagsauflösung zu, die am Mittwoch 11 Uhr auf der Tagesordnung steht.

Noter Tag im Ruhrgebiet

Zum Abzug der französischen Truppen

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 22. Oktober.

Die kommunistische Partei, deren Ruhrgebiet, beruft für Sonntag, den 26. Oktober, nach Dortmund einen roten Tag des Ruhrkapitalistentruppen und zum Abzug der französischen deutschen Kapitalistentruppen und ihre Forderungen. Die schwarzen Arbeiterführer, der rote Tag soll der Aufklärung der Massen zum Kampf gegen den Londoner Pakt dienen und ein Aufruf für die kommenden Lohn- und Arbeitszeitkämpfe sein.

Die Technische Nothilfe im mitteldeutschen Gemeindearbeiterkreis eingeleitet

Nachschleslos gehen die Gemeinden gegen die streikenden Gemeindearbeiter vor. Sofort, nachdem die Gemeindearbeiter in den Streik getreten sind, obgleich die Arbeiterarbeiten nicht verweigert werden, die Teno eingeleitet worden. Die Gemeindearbeiter müssen daraus erkennen, daß die Magistrat die schlimmsten Schammaß sind und daß sie ihren Kampf auch politisch führen müssen, denn die Teno ist eine Einrichtung des Staates, die von den Steuergeulden der Arbeitenden selbst bezahlt wird. Den Arbeitern werden 10 Prozent ihres Lohnes an Steuern abgezogen, sie müssen tiefer und tiefer absteigen und von nicht zu Geborn wird die Teno, die die Arbeiter befristet und den Erfolg eines Streikes in Frage stellt, bezahlt. Daraus ergibt sich mit eigener Notwendigkeit die Führung des politischen Kampfes. Die Gemeindearbeiter dürfen nicht zögeln, daß die Technische Nothilfe von den Sozialdemokraten in erster Linie eingeleitet worden ist. Die Gemeindearbeiter werden das bei der kommenden Arbeit zu würdigen wissen.

Inzwischen nimmt der Streik härtere Formen an und breitet sich aus. So hat gestern eine Versammlung der Berliner städtischen Gas- und Wasserwerke das zwischen der Direktion und der Verhandlung gestiftete Tarifabkommen abgelehnt. Es wurde eine Urabstimmung, die am Montag stattfinden soll, beschlossen, in der über das Tarifabkommen entschieden werden soll.

Ueber den mitteldeutschen Gemeindearbeiterkreis liegen heute folgende Meldungen vor:

(Eig. Drahtm.) Magdeburg, 22. Oktober.

Der Magistrat hat die städtischen Arbeiter aufgefodert, bis Mittwoch 12 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls die Entlassung erfolgt. Gestern ist bereits die Technische Nothilfe eingeleitet worden.

(Eig. Drahtm.) Jena, 22. Oktober.

Der Streik der Gemeindearbeiter ist weiter verwickelt worden. In den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerten stehen alle Betriebe still. Auch die Arbeiter in den städtischen Theatern, Friedhöfen und anderen Einrichtungen haben die Arbeit niedergelegt. Die Behörden setzen Teno ein.

Teno auch in Halle eingeleitet

Im städtischen Wasserwerk ist sofort nach Beginn des Streikes, der reiflos durchgeführt wird, die Teno eingeleitet worden. Um den Streik auf den Friedhöfen zu brechen, ist die Feuerwehr beauftragt worden, die Arbeiten auf den Friedhöfen zu verrichten. Auch die Pflichtarbeiter sollen unter Androhung der Entziehung der Erwerbslosenunterstützung zum Streikbruch gezwungen werden.

Es ist geradezu ein Verbrechen, was der Magistrat hier begeht. Die Feuerwehrlente werden zum Streikbruch gezwungen, sie werden ihrer eigentlichen Aufgabe, dem Feuerhuss entsagen. Mögen Menschenleben in Gefahr sein, mag es brennen, macht nichts, die Feuerwehrlente müssen den Streik der Gemeindearbeiter niederschlagen. Es ist Aufgabe des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, die Feuerwehrlente vom Streikbruch abzuhalten. Es ist Aufgabe der gesamten Arbeiterkraft, dem Magistrat zum seinen verbrecherischen Praktiken abzurufen.

Vom Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband Halle, wird uns geschrieben:

Der heute mit aller Schärfe eingeleitete Streik der Gemeindearbeiter, der mit dem Arbeitsverband im Einvernehmen mit den Bürgermeistern geradezu provoziert worden ist, in folgenden Städten bereits in den meisten Betrieben durchgeführt: Albersleben, Ballenstedt, Burg, Zeulen, Gerst., Halberstadt, Halle, Magdeburg, Mühlhausen, Nörthausen, Neu-Salzenstein, Luedlinsburg, Stenbal, Wernigerode und Weissenfels.

Zu den vereinstimmlichen Mitteln wird von Seiten der Stadtverwaltungen gegriffen, um die Gemeindearbeiter auseinander zu reißen. Stadträte und Bürgermeister sind am Werke, in den einzelnen Betrieben über den Streik der arbeitsscheuen Organisations hinweg mit den Arbeitern und Betriebsräten zu verhandeln und sie zu veranlassen, den Streik abzubrechen, man würde ihnen nach dem Lohn von 54 Pf. für den Monat September noch eine weitere Zulage von 3 Pf. für den Monat Oktober geben. Außerdem sollten alle werdenden Betriebe in Gruppe A eingruppiert werden, damit die Werksratte, wie sie in Halle durchgeführt, würde befristet bleiben.

In den Verhandlungen zwischen den beiden Parteien lebte man es grundsätzlich ab, irgend eine Erhöhung über den Streikbruch hinaus zu geben, im Höchsthalle aber man bereit, einen Pfennig Zulage zu gewähren, mit der Bedingung, daß nach aber der Tarifvertrag bis zum 31. Dezember 1924 unterzeichnet würde. Man sieht hier wieder einmal, daß man nicht bereit ist, mit den Organisations in Verhandlungen zu gehen, welches die dringende Notwendigkeit der Arbeiter und Betriebsräten zu verhandeln in den Gemeindebetrieben herzustellen. Durch Teiparhandlungen versucht man, die geschlossene Front der Gemeindearbeiter zu zermürben.

In Halle streiten das Wasserwerk, das Pumpwerk, das Hochbauamt, das Tiefbauamt, das Stadttheater, die Straßeneinrichtung und der Fuhrpark, die Friedhöfe und die Stadtpfarrerei. Das Personal der Straßenbahn hat ihre Solidarität ausgeprochen und wird, falls nicht am morgigen Tage vom Magistrat Zugeständnisse zu erhalten sind, ebenfalls die Arbeit mit einstellen.

Am Mittwochabend 6 Uhr findet im "Volkspark" eine große allgemeine Streikerversammlung statt.

Die Verhandlungen der Berliner Transportarbeiter ergebnislos verlaufen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 22. Oktober.

Nach heftigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Transportarbeiter in den Betrieben der allgemeinen Berliner Metallindustrien und der Metallindustriellen sind die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden. Die Unternehmern gehen sich hartnäckig, auch nur nennenswerte Lohnerhöhungen an die Hilfs- und Transportarbeiter zu gewähren.

Bierwöchiger Kampf um den Achtstundentag

(rp.) Wöllingten, 22. Oktober.

Seit vier Wochen liegen 7000 Arbeiter der Wöllingten Gütle auf der Straße, weil sie den Achtstundentag verweigern. Die Belegschaft hebt sich sehr im Kampf. Die Angestelltenverbände haben mit Forderung ein Abkommen zur Leistung von Notstandsarbeiten mit abgelehnt, das lautet sehr, daß sogar Kohlen und Erze durch die Angestellten ausgeladen werden.

Das Unternehmern wird durch die Schöden des Arbeiterverbands parabolisches unterstützt. Ein zeitlich zumes Flugblatt der Metallarbeiterverbände, das sich gegen die Angestellten wendet und sie zum Streikbruch abzurufen versucht, wurde vom Bürgermeister in Wöllingten verboten.

Das Lohnabkommen im Bergbau gestündigt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 22. Oktober.

Der Bergarbeiterverband hat infolge der steigenden Lebensmittelpreise das Lohnabkommen gestündigt. Die Kündigung wird damit begründet, daß er sich die Löhne nicht mehr ausreichen, Lebenshaltungskosten aufzubringen, und daß zweitens infolge der Preisrückfälle eine weitere Verschlechterung der Bergarbeiter eingetreten ist. Die Frage der Arbeitszeit ist vom Bergarbeiterverband im Verhandlungen nicht erwähnt. Im Laufe der nächsten Woche werden die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stattfinden.

Der Bergarbeiterverband hat endlich dem Drängen der Bergarbeiter nachgegeben. Die jetzt eingetragene Kündigung ist durch den kommenden Betriebsratkongress des Ruhrgebietes bedingt. Die Führer des Bergarbeiterverbandes wissen sehr gut, daß der Betriebsratkongress des Ruhrgebietes, der am 2. November auszusammensetzen wird, und es besteht durchaus die Möglichkeit, daß dieser Betriebsratkongress einen gemeinsamen Kampf der Berg- und Metallarbeiter des Ruhrgebietes vorbereiten. Dem wollen die Bergarbeiterführer auskommen. Die Bergarbeiter müssen darauf dringen, daß neben der Lohnfrage auch die Arbeitszeitfrage behandelt wird, denn diese Frage ist ebenso wichtig wie die Lohnfrage.

Mitteldeutsche Bergarbeiter! Nehmt in Euren Belegschaftsvertretungen zur Kündigung des Lohnabkommens Stellung und dringt auf eine auskömmliche Lohn Wiedererhöhung des Achtstundentages.

Erst Ueberfrachten, dann Feierlichkeiten

(Eig. Drahtm.) Bochum, 22. Oktober.

Auf Seite "Graf Bismarck" wurden bis vorigen Freitag Ueberfrachten verfahren. Am Samstag haben die Steiger bekannt, daß die Ueberfrachten verboten seien. Diesem Dienstag wurde bekanntgegeben, daß eine Feierlichkeit eingeleitet wird.

53 Prozent der Dortmunder Schulfinder hungrig

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 22. Oktober.

Der städtische Pressedienst berichtet, daß trotz der seit Jahren bestehenden planmäßigen Schulförderungs- und Schulförderungs-fürsorge 53 Prozent der Schulfinder frant sind. Unter den Fortbildungsschülern sind die Zustände noch schlimmer. So betrug von der städtischen Kommission in der Wädhchen-Versuchsschule festgestellte Ernährungsdeziffer 71,4 Prozent! Der Bericht weist ausdrücklich darauf hin, daß dies fürchterliche Elend trotz der ernstlichen städtischen Fürsorge besteht.

In vielen Städten ist das Elend noch viel größer. Die Arbeiter haben gegen die ungeheure Elendführung ihrer Kinder nur ein Mittel. Eiserne Solidarität im Kampf um bessere Löhne und den Achtstundentag, ohne den die Löhne nicht halten können, weil ohne ihn zwei Kollegen erwerbslos auf der Straße liegen.

Für den rheinisch-westfälischen Betriebsratkongress

(Eig. Drahtm.) Essen, 22. Oktober.

In überfüllten Massensammlungen nahmen die Mitwirkenden der Betriebsratkonferenz aller Rheinisch-westfälischen Städte. Die rheinisch-westfälische Betriebsratkonferenz wurde freudig begrüßt und die Delegierten in allen drei Versammlungen sofort gewählt.

(Eig. Drahtm.) Gelsenkirchen, 22. Oktober.

Die Mannesmann-Röhrenwerke nahmen in einer Belegschaftsversammlung zum Betriebsratkongress Stellung und wählten Delegierte.

(Eig. Drahtm.) Mühlheim 22. Oktober.

Die Belegschaft des Mühlheimer Bergwerksvereins begrüßte den Betriebsratkongress und wählten Delegierte.

(Eig. Drahtm.) Köln, 22. Oktober.

Die Belegschaften der Firma West & Guilleaume und der Firma Götting begrüßten in einer gemeinsamen Belegschaftsversammlung den Betriebsratkongress und forderten alle Betriebe Rheinlands-Westfalens auf, für den Kampf zu rufen und vollständig auf dem Kongress zu erscheinen.

Ludendorff ist keinem Richter dankbar

Nach der sozialdemokratischen "Mündener Post" hat General Ludendorff einem Mitgliede des Mündener Volksrates, welches die Zustimmende gegen Hitler durchgeführt, sein Bild mit einer Widmung geschickt.

Ludendorff ist nicht un dankbar, er legt überall Beweise seiner Abhängigkeit ab. Eine ausgezeichnete unabhängige deutsche Justiz, die vom General Ludendorff ausgespart wird!

Streik im falschischen Italien

(Eig. Drahtm.) Turin, 22. Oktober.

In Turin streiten die Metallarbeiter unter der Führung falschischer Gewerkschaften.

Die RB. der Utheshollnerei steht fest in den Arbeitern

(Eig. Drahtm.) Prag, 22. Oktober.

Bei den Betriebsratwahlen im Rabener Kohlenberg erhielten die Kommunisten dreierlei aller Mandate.

Kleine Auslandsnachrichten

Oesterreichische Klassenjustiz. Der Genosse Walter Ubricht, der als Korrespondent der Berliner "Welt am Abend" in Wien war, wurde vom österreichischen Klassengericht wegen falschmeldung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Daselbst Gericht hat den freibrieflich verfolgten Bandenhauptling Robbo zu 48 Stunden Haft wegen deselben Vergehens verurteilt. Ubricht hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Sichere englische Wahlprognosen. Die Aufstellung der englischen Kandidaten ist beendet. 32 Kandidaten sind als gewählt erklärt worden, da sie keine Gegenkandidaten hatten. Davon entfallen auf die Konfessionspartei 16, auf die Arbeiterpartei 9, auf die Liberalen 6, und die Nationalisten 1.

In England haben wiederum eine Reihe von Kohlenbergern 3000 Bergleute entlassen. Die Zeichen werden stillgelegt.

Um Woll. Die vom Arbeiterbund zur Prüfung des englisch-falschischen Gegenjahren einberufenen außerordentlichen Tagung wird am 27. 11. in Berlin unter dem Vorsitz Hyman-Berlin stattfinden.

Nach keine Ratifizierung des englisch-russischen Vertrages. Ausgelöst der Regierungskreise in England bezüglich die Ratifizierung des Vertrages zu veröffentlichen und die Entscheidung dem Präsidenten zu überlassen.

Sowjet-Rußlands als Vetter aus der Gefängniszelle. Die Regierung Sowjet-Rußlands hat sich erneut an die letzte Regierung mit dem Vorbehalt gewandt, die in letzteren Gefängniszellen befindlichen Kommunisten gegen lettische Staatsangehörige austauschen, die in russischen Gefängnissen interniert sind.

Herriot schlägt Matteotti-Mörder. Wie das "Giornale d'Italia" meldet, hat die französische Regierung die Auslieferung des in die Wädhchen Matteotti ermordeten Wädhchen Matteo Maccaria abgelehnt. Es ist ein "politisches Verbrechen" handelt.

Explosiver Schicksal. Bei einer Explosion des Schiffsturmes des Kreuzers "Trenton" in New York sind 16 Menschen und 18 wurden verletzt. Der davon wurden über Bord geschleudert, konnten jedoch gerettet werden.

Ausflug nach England. Die Reuter aus Berlin meldet, haben sich die Truppen Zhangjialins im Wädhchen zum Abbruch zum zehn englische Weilen zurückgezogen. Lupeifu habe Befehl zum allgemeinen Vormarsch gegeben.

Aus den Betrieben und Werkstätten

Die Betriebszelle ist das Fundament der Parteiorganisation



Jede Fabrik, jeder Betrieb muß unsere Burg sein

Leninapost, aufgewacht!

Ein Arbeiter des Leninarwerkes schreibt:
Während und nach der Kriegerzeit ist der Wohlstand der bestehenden Klasse ins Unermessliche gestiegen. Die Großindustrie und die Banken haben das gesamte Wirtschafts- und politische Leben an sich gerissen. Ein Beispiel für Mitteldeutschland ist das Leninarwerk, in dem taugende schaffende Hände Tag und Nacht unter händlichen Gestirnen für das Leben Profite für eine kleine Gruppe von Aktionären erzeugen müssen. Als Gegenwert für ihre Leistungen bekommen die Leninarbeiter ein e. n. Lohn, mit dem sie nicht die besten Bedürfnisse des Lebens befriedigen können. Auf der einen Seite also ein mühseloses Ansehen der Mehrwerte der Arbeitskraft und auf der anderen Seite Lohn und Entbehrung der Erzeuger dieser Mehrwerte.

Arbeiter des Leninarwerkes!

Habt Ihr nun einmal in der jetzigen schweren Zeit darüber nachgedacht, was ein jedes von uns in der jetzigen „herrlichen“ Wirtschaftslage leisten kann? Man könnte zu der Überzeugung kommen, daß Ihr nicht nachgedacht habt, denn die meisten von uns arbeiten nicht mehr tagtäglich. In der Reihen der Betriebszelle des Leninarwerkes ist wie eine Seuche der Stummstumm eingebrochen. Hat es doch den Anschein, als ob die Leninarbeiter ihre Menschwürde begraben haben. Durch Ansehen verlieren sich gewisse Elemente eine Stellung zu erlangen, die sie durch 12-14 Monaten nicht erreichen würden. In ihrer Regeneration: „Es hilft ja doch alles nichts“ glauben die Arbeiter ihr Los tragen zu müssen.

Leninarbeiter! Wie viele von Euch haben am eigenen Leibe erfahren müssen, was es heißt, arbeitslos zu sein. Wie oft wußt Ihr, was Ihr der Euren Familien mit ansehen müßt, die in kapitalistischen Gesellschaften gefestigt? Denkt Ihr nicht mehr daran, wenn Eure Kinder mit freudigen Blick auf ein Stück Brot betteln? Oder seht Ihr denn nicht, daß Euer Kind die Not tagtäglich durch die Straßen und Gassen schleichen? Wie verzweifelte Väter von Betrieb zu Betrieb laufen, um Arbeit zu bekommen, und immer wieder vergebens ohne Erfolg, müde und erschöpft an Leib und Seele, zu ihrer Familie zurückkehren müssen?

Alle diese bitteren Bilder des Lebens der Arbeiterklasse zeigen uns die heutige kapitalistische Herrschaft in ihrer brutalen Nacktheit. Es sind lebendige Gemäße des Elends und der Not, fürchterliche Bilder des Grauens und Entsetzens des arbeitenden Volkes, die wir tagtäglich an den Straßen, in den Schulen und in den Betrieben sehen. Das ist der Lohn der Arbeiter, die in die Profitzerzeugung, gestützt von einer Klasse von Menschen, die in ihrer unmittelbaren Arbeit das Existenz von Millionen Arbeitern mit Nerven treten.

Leninarbeiter! Es ist ein Kammer, mit anzusehen, wie geschäftlich und humanitär alle die Euren erwidern über Euch schreiben. Gebanten und wütenden Schreien. Wie recht haben sie! Von nun an jener Gesellschaft moderner Kapitalisten, die mit brutaler Rücksichtslosigkeit die Herrschaft über Euch an sich gerissen haben.

So frage Euch, Leninarbeiter: Wie lange noch soll dieser Zustand bestehen? Wie lange noch soll die Arbeiterklasse, die die Leninarbeiter sind, ohne Lebensbegegnung leben? Es wird Zeit, daß Ihr erwacht und den Ernst des Lebens erkennt. Erkennt, daß alles Elend, Not und Entbehrung nur durch eigene Kraft beseitigt werden kann. Nicht taunlos zusehen, wenn einzelne Kollegen für Euch streiten, sondern mit ihnen ihr das Recht der Arbeiter kämpfen, im Euren verdammte Kräfte und Schuldigkeit. Bedenkt, daß auch Ihr die Euren nicht in Produktionsprozess liegt, morgen schon ohne Arbeit sein könnt. Nichts gibt Euch die Gewähr für die Verbesserung Eurer Existenz, als nur allein der gemeinsame Kampf. Kollegen! Pflegt Euch auf, laßt alles niedrige Handeln beiseite, schließt Euch wieder Mann für Mann als revolutionäre Kämpfer den freien Gewerkschaften an. Gebietet Euren Kollegen die Freiheit wieder zu kämpfen, organisieren. Erst wenn die Gewerkschaften Kampforganisationen sind, bieten sie die Gewähr, energische revolutionäre Kämpfe zu führen. Sagt nicht, daß die freien Gewerkschaften Euch nicht helfen können, da die jetzigen reformistischen Führer Euch so oft im Stich gelassen haben. Dem abzuweichen ist eben die Pflicht des einzelnen Leninarbeiters zu sein, der jeden einzelnen Gewerkschaften und die Führerschaft beiseite, die nicht gewillt ist, den Kampf gegen das Unternehmertum zu führen, wie es die Lebensnotwendigkeit der Arbeiter erfordert. Der alle heißt durch Eure Mitarbeit in den Gewerkschaften freie Bahn schaffen. Ihr helft durch Eure Beteiligung die freien Verbände wieder zu Autonomie des Klassenkampfes zu machen, der jeden einzelnen Arbeiter des Leninarwerkes für so befreit, dann wird und muß ein neuer Kampfgeist die Betriebszelle beherrschen. Dann wird die Zeit auch wieder kommen, wo durch Taten bewiesen wird, daß das Leninarbeiteramt der Stoffträger in allen zukünftigen wirtschaftlichen Kämpfen Mitteldeutschlands sein wird. Zusammenhalt schließt uns die Wege zu, es werden die Leninarbeiter, die entsprechenden Schritte zu wählen. Wenn wir trotz dieser Kräfte im wahren Sinne des Wortes mit unseren Familien nicht lange am Leben rechnen wollen, dann sind wir zum Kampf gegen das Leninarbeiteramt gezwungen. Schließt für den erfolgreichen Kampf die Reihen zusammen. Erst Euch in Reich und Geld. Mann für Mann hinein in die freien Gewerkschaften, und den Gewerkschaften gesamt, daß die Kraft des Proletariats unbesieglich ist.

Zu neuen Kämpfen bereit!

Eine gut besuchte Delegatensitzung der Annaburger Stein- und Zementwerke, die sich zum Ziel setzte, die Arbeiter zu den Maßnahmen gegen die immer mehr ansteigende Teuerungswelle. Ein Genosse sprach dazu. Er prägnanter ganz besonders die SPD, an welche die Schuld an den jetzigen Zuständen trägt, daß gerade sie durch die Zustimmung zum Dawes-Plan der bestehenden Lage Bahn gebrochen hat. Es entschloß sich darüber eine Resolution zu fassen, die folgende Punkte vorschlug, daß der Hauptverband des Porzellan- und Zementarbeiterverbandes sofort das Lohnabkommen kündigen und neue Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband anbahnen sollte, da ein Arbeiter heute bei 42 Pf. pro Stunde nicht einmal die notwendigen Ausgaben betreiben könne. Gleichzeitige wurde zur Unterstützung Stellung genommen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Über 7000 revolutionäre Arbeiter sind zur Straße gebracht, schändlichen Reformerinnen, weil sie es wagten, den Kampf gegen unsere Arbeiter aufzunehmen. Über 15.000 Proletarier, darunter die besten Arbeiter, sind ermordet. Die Familien der ermordeten und Verwunderten leiden bittere Not. Das Volk

ist voll. Wir verlangen, daß der Reichstag in seiner nächsten Sitzung sofort die Sicherung dazu nimmt und endlich das Langlebte Kleinvermögen herabsetzt. Wir geloben, nicht eher zu ruhen und auch nur dem letzten Mittel nicht zurückzuführen, bis wir unser Ziel erreicht haben.

Reiz wurde dem Gothaer Kampfprogramm zugestimmt. Für den „Vollständigen“ über den 12-Stunden-Tag hatte die Betriebszelle keine Sympathie, da sie weiß, daß die Unternehmer sich doch nicht an ein Abstimmungsresultat halten. Nur durch jeden Klassenkampf ist der 12-Stunden-Tag wieder zu erzwingen. Die Beurlaubung hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse wieder aktiver hervortritt und die Periode der Kämpfe überwinden hat.



Die Wirkung einer guten Zelleitung auf einen revolutionären Betrieb.

Frantösische Betriebszellen zum Dawes-Plan

Wir entnehmen der Betriebszeitschrift des großen Pariser Metallbetriebes Renault an 11 folgenden Auszug:

Der Dawes-Plan. Diesen berühmten Plan, der selbstverständlich Deutschland zum Schaden ist, ist in Wirklichkeit der erste Schritt zur völligen Unterjochung der deutschen Arbeiterklasse und der Arbeiterklasse der anderen Länder. Wenn wir die Maschinenfabriken der amerikanischen Bankiers in Frankreich mit gefesselten Armen beobachten, so werden wir frantösische Arbeiter über die Kosten für unsere Trägheit bezagen, die jede Widerlage unserer deutschen Arbeiterbrüder, wie wir es immer schon festgestellt konnten, ihre unmittelbare Rückmeldung auf unser Schicksal haben wird. Die Bourgeoisie der ganzen Welt vertritt ihre Klasseninteressen gegen das internationale Proletariat. Wenn wir unsere Interessen überhaupt betrachten, dann müssen wir uns organisieren und zusammenarbeiten im internationalen Maßstab, um sie zu vertreiben. Dazu fordert Euch die kommunistische Partei auf durch den Kanal ihrer Betriebszellen.

Streik der Landarbeiter des Mittelrheins zürnde in Beelen

Vielerlei Arbeiter traten beim Aibensroden in den Streik. Um Euch zu bekommen, hatte der Aibensroder das Gericht verurteilt lassen, er sollte für den Morgen 14,70 Mk. Die Arbeiter forderten 18 Mk. Da kein Gerichtsurteil folgte, wurde eine Frau mit der Behauptung beschwert, die aber der Agrarier ablehnte. Am Freitagabend bekamen die Streikenden einen halben Zentner Weizen von ihrem Depot geliefert, der ihnen schon vor einem Vierteljahr aufstand. Einige Leute nahmen darauf die Arbeit wieder auf, da aber zu wenig erschienen waren, so legte er pro Morgen eine Mark zu, außerdem ist er jetzt für die kommende Zeit 12 Pf. Markt pro Morgen mehr. Während des Streiks hatte er sich an den Arbeitsnachweis gewandt, die Arbeitslosen hatten es aber abgelehnt, sich als Streikbrecher herzugeben.

Friedersdorfer Ziegelwerke

Das Kapital geht über den Streik, wenn es nur Profit machen kann. Für die Arbeiter sind die Arbeiter nicht so viel wert, wie ein Stück Rücksichtslos werden sie es auf die Straße, wenn sie keinen Profit mehr aus ihnen herauszuquetschen können. So hat das Ziegelwerk 30 Mann entlassen. Als Grund wird Arbeitsmangel angegeben. Da jetzt aber eine ziemlich Rechtigkeit herrscht, so ist dieser Grund mehr als fadenförmig. Was könnte, daß der wahre Grund ein anderer ist, nämlich hochgehende Lohnveränderung oder eine noch größere Arbeitsverlängerung. Die Entlassung sind meist junge Leute gekommen, aber auch ältere und frante hin unter den Entlassenen, darunter ein Arbeiter, der bereits zwölf Jahre im Betrieb beschäftigt ist. Arbeitskollegen! Zieht Eure Schiffe baraus, werdet wieder Mitglied der freien Gewerkschaft und werdet Klassenbewußte Kämpfer.

Die Arbeiter tragen jedes Risiko

Die Betonfirma Grohmann & Hennersdorf in Leipzig, die 20 Arbeiter beschäftigt, wendet eine äußerst brutale Methode an, um die Arbeiter um ihren Lohn zu bringen. Es gibt dort nur Arbeitsarbeit. Durch Anschlag gibt die Firma bekannt, daß sie die Arbeiter nur zum Ausmaß bringt, wenn die gefällteste Arbeit erbracht ist. Bei Ausbleiben der Arbeiter, ja selbst wenn Arbeiter entlassen werden, wird der Lohn erst dann gezahlt, wenn festgestellt ist, daß die Arbeit ohne jeden Fehler ist. Diese Methode muß jedem Arbeiter die Erkenntnis bringen, daß das Unternehmertum vollkommen überhülft ist. Der Arbeiter trägt jegliches Risiko und der Unternehmer steht als Parast die Gewinne ein, die aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden werden.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandsstag des Industriearbeiterverbandes der Chemiarbeiter Deutschlands

2. Verbandstag
An reichhaltigem Material wies Genosse Sack nach, wie selbst der Zahlenwert der Löhne von 1914 bis heute ein erhebliches Gefallen ist und daß das letzte abschließende Lohnabkommen für die chemischen Betriebe trotz der einbunden 8% taen Lohnverhöhung eine Lohnsenkung bedeutete. Die Empörung darüber ist eine große und eine erhebliche Bewegung für einen gemeinsamen Kampf um eine 40% ige Lohnverhöhung ist im Gange.

Unter reger Aufmerksamkeit des Verbandstages entwickelte Genosse Seitz die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Imperialismus und die verschiedenen Interessen der verschiedenen internationalen kapitalistischen Gruppen. Die Gegenläufigkeit, Englands und anderer Länder wurden von ein herausgestellt und so den Delegierten ein zusammenhängendes Bild gegeben. Nicht nur die kommenden Arbeiterkämpfe müssen unter eine gemeinsame Aufmerksamkeit haben, sondern darüber hinaus muß gerade das Chemierproletariat die imperialistischen Rüstungen betrachten. Jeweiliges wird verurteilt werden, die deutsche Industrie für die freierlichen Ziele der Gewerkschaft zu kämpfen. Die Verhandlung über die Gewerkschaft und die Einigung mit den anderen Arbeitergruppen. Für uns heißt die Lösung: Alles bereit sein, um wirtschaftlich und politisch der führende Faktor zu sein.

Die bisherige Zeitung wurde wiedergemacht. Der Verbandstag beschloß, für den 1. April 1924 ein großes Treffen in Berlin zu halten. Einmalig über die proletarischen Organisation zu werden.

Um die Einmütigkeit und Geschlossenheit zu dokumentieren, wurde einstimmig beschloßen, dem Allrussischen Verband der Chemiarbeiter folgendes Telegramm zu senden:

„Verbandsstag beschloß die praktische Durchführung der Beschlüsse des 2. Weltkongresses und der 1923. Kampf für Einheit der Gewerkschaften zu führen. Einmalig über die proletarischen Organisation zu werden.“

Die Delegierten legen sich die Internationale.

Wer verliert gegen die Grundzüge der Gewerkschaften?

Genoss. Der Bundesvorstand des ACFB droht dem Gothaer Ortsausflug mit dem Ausschluss, weil er seinen Namen für einen Aufruf an die Arbeiterklasse gegeben hat, der zum Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen, gegen den Terror der Weissen und gegen den Staatsgerichtshof aufruft. Wer in Wirklichkeit diesen Aufruf zum Aufruf mit der Gewerkschaft und nicht den Beschlüssen der höchsten Instanz der deutschen Gewerkschaften, dem Gewerkschaftskongress, geht, dem bereit folgende Resolution des 11. Gewerkschaftskongresses über die Freilassung der politischen Gefangenen:

„Der 11. Gewerkschaftskongress proklamiert aus schärfster gegen die autoritären Verhältnisse der deutschen Republik gegen revolutionäre Arbeiter. Er ist aufs tiefste empört über die massenweise Entlohnung revolutionärer Arbeiter durch die Sondergerichte.“

Der Kongress verlangt die sofortige Freilassung aller der Arbeiterklasse angehörenden Gefangenen und eine umfassende Amnestie für alle politischen und damit zusammenhängenden Verurteilten und Verbannten. Er fordert den Bundesvorstand und alle Gewerkschaften auf, alle Mittel einzusetzen, um den politischen Inhaftierten und allen verurteilten Klassenkennern die Freiheit zu erlangen. Die hier gestellten Forderungen sind mit der Mehrheit angenommen. Resolution des Leipziger Gewerkschaftskongresses bemerkt, daß die dort angenommenen Gewerkschaften als proletarische Führer der Gewerkschaften ansehen, alle ihre Kräfte einzusetzen, um die proletarischen Freiheitskämpfer vor der Anwesenheit der Bourgeoisie zu schützen. Mit dieser Resolution wurde die Resolution der Reichsinstanz des Bundesvorstandes gerade in dieser wichtigen Frage der Arbeiterklasse.

Wenn der Bundesvorstand als heute dem Gothaer Gewerkschaftsrat erklärt, daß es sich mit seinen Forderungen außerhalb der Gewerkschaften stellt, dann verlegt der Bundesvorstand den klaren Wortlaut der Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses. Umgekehrt jedoch steht das Vorhaben der Gothaer Gewerkschaften in vollem Einklang mit diesen Beschlüssen, handeln sie nur in Ausführung dessen, was bereits im Leipziger Gewerkschaftskongress als oberste Pflicht der Gewerkschaften gefordert hat. Die Arbeiterklasse erkennt daran, daß der Bundesvorstand es ist, der die Grundzüge der Gewerkschaften völlig aufgeben hat und zu einem willigen Werkzeug der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse geworden ist. Die Arbeiterklasse muß daher sorgen, daß alle Organe der freien Gewerkschaften den Beispiel des Ortsausfluges folgen und ihre einseitige proletarische Pflicht erfüllen und sich in den Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen, gegen die Klassenjustiz, den Sondergerichtshof zum Schutze der Republik einreihen.

Keine Gewerkschaften

Die Mitglieder der Zehlfelder Bitterfeld des Deutschen Bauergewerksbundes können nicht stolz auf ihren Vorstand sein. An diesem Vorstand kann der beste Gewerkschaftler ihre werden, wenn er Vergleiche mit seinen Reden im Sommer und mit seinen Taten im Winter machen will. Der Vorstand hat sich in der Vergangenheit als oberste Pflicht der Gewerkschaften gefordert hat. Die Arbeiterklasse erkennt daran, daß der Bundesvorstand es ist, der die Grundzüge der Gewerkschaften völlig aufgeben hat und zu einem willigen Werkzeug der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse geworden ist. Die Arbeiterklasse muß daher sorgen, daß alle Organe der freien Gewerkschaften den Beispiel des Ortsausfluges folgen und ihre einseitige proletarische Pflicht erfüllen und sich in den Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen, gegen die Klassenjustiz, den Sondergerichtshof zum Schutze der Republik einreihen.

